KLIMA EXPRESS

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Friends of the Earth Germany

BUND
FREUNDE DER ERDE

BUND warnt
Neue Kohlekraftwerke zerstören das Klima

Von Thorben Becker

Alle wissen inzwischen: Beim Klimaschutz dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Wenn wir das Schlimmste verhindern wollen, muss jetzt gehandelt werden. Aber allen voran RWE, Vattenfall, E.ON und EnBW wollen in den nächsten Jahren wieder in die Technik von gestern investieren. Sie planen den Neubau von ineffizienten Braun- und Steinkohlekraftwerken. Diese Pläne torpedieren den Klimaschutz. Auf Dauer.

Fast 30 neue Kohlekraftwerke sollen in den nächsten Jahren in Deutschland gebaut werden. Jedes neue Kohlekraftwerk ist eines zuviel und ein großer Rückschritt im Klimaschutz. Es gibt keine klimaschädlichere Art der Stromerzeugung als die Verbrennung von Kohle. Zum Vergleich: Braun- und Steinkohlekraftwerke sind mehr als doppelt so klimaschädlich wie moderne Gaskraftwerke. Die großen Dampfwolken aus den Kühltürmen der Kraftwerke machen ein anderes Problem offensichtlich: Mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie geht als ungenutzte Wärme verloren. Kohlekraftwerke mit ihren hohen Investitionskosten sind auf eine sehr lange Nutzungsdauer von über vierzig Jahren ausgelegt. Wenn jetzt neue Kohlekraftwerke gebaut werden, behindern sie den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien nach 2020 und legen einen hohen Sockel klimaschädlicher Emissionen fest. Den Konzernen geht es um die Erzeugung von mehr Strom aus Kohle. Alte Kraftwerke sollen nicht im gleichen Umfang stillgelegt werden. Bei den geplanten Kohlekraftwerken spielt das so genannte „CO_2-freie-Kraftwerk“ keine Rolle. Es gibt große Zweifel, ob diese Technik je funktionieren wird. Derzeit steht diese Technik nicht zur Verfügung. Auch eine spätere Nachrüstung der jetzt geplanten Kraftwerke ist äußerst fraglich.

Gebaut werden die Kraftwerke, weil die Politik die falschen Anreize setzt. Über den Emissionshandel können die Stromkonzerne mit neuen Kohlekraftwerken bis 2012 etwa zwei Milliarden Euro mehr verdienen, als mit Investitionen in klimafreundlichere Gaskraftwerke. Den Investoren geht es um diese Gewinne und um das Festhalten an den alten zentralen Energieerzeugungsstrukturen. Bisweilen reden auch die großen Stromkonzerne in Deutschland vom Klimaschutz, vor allem dann, wenn sie längere Laufzeiten für ihre Atomkraftwerke wollen. Wie ernst sie es mit dem Klimaschutz meinen, wird sich an jedem einzelnen auf der Karte verzeichneten Standort entscheiden. Die Menschen vor Ort nehmen diese Herausforderung an. An vielen Orten regt sich Widerstand. Es gibt erste Erfolge. Der BUND setzt sich gegenüber der Bundesregierung aber auch an jedem Standort für klimafreundliche Alternativen ein.

Geplante neue Kraftwerke. Mehr Informationen zu den Standorten und Adressen von Initiativen gegen diese Pläne unter www.bund.net/klimaschutz.

Malaria und Zecken auf dem Vormarsch
Keine Entwarnung

Von Antje von Broock

Seit Knut sind die Eisbären in der Arktis die bekanntesten Opfer des Klimawandels. Ihre Jagdgründe sind in den letzten 30 Jahren auf einer Fläche geschmolzen, die so groß ist wie Dänemark, Norwegen und Schweden zusammen. Seit 2006 steht der Eisbär deshalb auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten.

Die meisten menschlichen Opfer gibt es in Afrika, wo der Klimawandel auf extreme Armut trifft. In Kenia haben sich die Turkana-Nomaden mit ihren Rinderherden über Jahrhunderte an zeitweilige Dürreperioden angepasst. Aber seit den neunziger Jahren bleibt der Regen oft mehrere Jahre hintereinander aus. Ausgerechnet während der letzten Klimakonferenz im Dezember 2006 in Nairobi ergossen sich sintflutartige Regenfälle über das Land und zerstörten die spärliche Ernte. Gleichzeitig wird in Südafrika der Kampf gegen die Malaria immer schwieriger, weil die Anopheles-Mücke jetzt auch in höher gelegene Gebiete vordringt.

Die Entwicklungsländer warten zu Recht darauf, dass sich die Hauptverursacher der Treibhausgase endlich auf ein neues Klimaschutzabkommen einigen. Die aber reichen den Schwarzen Peter weiter. George W. Bush akzeptiert keine verbindlichen Reduktionsziele. In Deutschland verweist die Kohlelobby gerne auf die steigenden Emissionen Chinas. Das ist wohlfeil: China wird zwar in absoluten Zahlen bald am meisten Klimagase ausstoßen. Aber pro Person belasten die Deutschen das Klima dreimal so stark wie die Chinesen. Wenn dann noch deutsche Kohlekraftwerke als Exportschlager angepriesen werden, wird das Thermometer bald noch schneller ansteigen.

Auch in Deutschland bringt der Klimawandel mehr als nur trockene und heiße Sommer. Der Orkan Kyrill hat viele Wälder wie Streichhölzer weggeknickt und erstmals den gesamten Bahnverkehr lahmgelegt. Zecken, die die gefährliche Borreliose übertragen, haben sich nach dem warmen Winter 2007 rasant vermehrt. Die Menschheit führt ein Großexperiment mit dem Planeten Erde durch, das uns noch manche böse Überraschung bereiten wird – wenn nicht ungesteuert wird.

Hier sind die Klimaretter

Von Matthias Seiche

In den letzten Monaten entstand der Eindruck, deutsche Politiker wären nur noch damit beschäftigt, unser Klima zu retten. Allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aber der Schein trügt: In Wirklichkeit tritt der Klimaschutz in Deutschland genauso auf der Stelle wie in den Jahren davor.

Die Liste der gebrochenen Versprechen ist lang: Förderung für das Heizen mit erneuerbaren Energien, Effizienzstandards für Elektrogeräte, Anreize für klimaschonende PKW – keines dieser Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung wurde bisher umgesetzt.

Schon die Regierung Kohl ließ einen Katalog von Maßnahmen durchrechnen, um die Treibhausgase um 40 Prozent zwischen 1990 und 2020 zu verringern. Aber dieses und die danach erschienenen wissenschaftlichen Gutachten verschwanden schnell in den Schubladen. Dabei ist wirksamer Klimaschutz nicht schwer. Um nur drei Prozent müssen Deutschlands Emissionen pro Jahr sinken. Jedes Auto, das fünf statt acht Liter verbraucht, und jeder mit sparsamen Elektrogeräten ausgestattete Haushalt ist ein Schritt auf diesem Weg.

Der Klima-Appell auf Seite 4

Der Stillstand in der deutschen Klimapolitik hat viele Mütter und Väter: mutlose Politiker, mächtige Unternehmen und träge Verbraucher. Aber das wissen wir schon lange. Wir dürfen uns jetzt nicht aufhalten lassen. 2007 muss die Wende in der deutschen Klimapolitik bringen. Die größte Hoffnung dafür sitzt vor dieser Ausgabe des Klima-Express: Sie als Bürgerin oder Bürger. Mischen Sie sich ein! Der BUND bündelt die Stimmen aller Menschen, die sich nicht mit vagen Ankündigungen zufrieden geben. Zusammen mit rund zehn Millionen Mitgliedern der Klima-Allianz fordern wir ein wirksames Klimaschutzprogramm von Angela Merkel. Vereint mit unserem internationalen Netzwerk Friends of the Earth engagieren sich unsere Partner in 70 Ländern weltweit. Auf der letzten Seite des Klima-Express sind Ihre Stimme und die Stimmen Ihrer Freunde und Bekannten gefragt.

Neue Kohlekraftwerke verhindern

Die deutschen Stromkonzerne verfolgen einen Plan. Und der ist kompletter Wahnsinn: Bis zu 30 neue Kohlekraftwerke wollen Sie bauen. Wenn ihnen das gelingt, dann sieht es finster mit dem Klimaschutz aus – auf Jahre hinaus. Einmal gebaut, blasen diese Kraftwerke jahrzehntelang Unmengen an Kohlendioxid in die Luft. Einmal gebaut, verhindern diese Kraftwerke für lange Zeit den Umstieg auf eine dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen.
Die Fakten sind eindeutig. Kohle ist die klimaschädlichste Energieform und wird es auch bleiben – trotz allem Gerede von „sauberer Kohle“. Ein schnellerer Umstieg auf erneuerbare Energien und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung ist möglich. Ohne Atomkraft. Deshalb müssen die neuen Kohlekraftwerke gestoppt werden. Die größte Verantwortung hat die Bundesregierung: Kanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel, die Deutschland gerne als Vorreiter beim Klimaschutz loben, haben mit einer massiven Bevorzugung von neuen Kohlekraftwerken im Emissionshandel den drohenden Neubauboom erst möglich gemacht. Will Deutschland seine Klimaziele erreichen, muss die Bundesregierung den Neubau von ineffizienten Kohlekraftwerken stoppen. Umgehend.

Neben der Bundesregierung sind auch die Kommunen in der Pflicht. Die Kommunen haben Möglichkeiten, neue Kohlekraftwerke zu verhindern. Zum Beispiel über Bebauungspläne oder über ihren Einfluss auf die investierenden Stadtwerke. Und es gibt Zeichen, die Mut machen: Erste Städte und Gemeinden haben bereits den Bau neuer Kohlekraftwerke abgelehnt. In Berlin liegen die Pläne für ein neues Kraftwerk auf Eis, weil es öffentlichen Druck gegen ein Steinkohle-Kraftwerk gibt, das Vattenfall mitten in der Stadt bauen will. Wieder einmal sind Bürgerinnen und Bürger weiter als ihre Regierung, die unter dem Druck der Energiekonzerne an einer Technik von gestern festhält.
Der Wahnsinn ist zu stoppen – wenn wir alle mehr Druck machen und die Politik mutiger handelt. Werden Sie aktiv, wenn in Ihrer Region ein Kohlekraftwerk gebaut werden soll.

Wechseln Sie Ihren Stromanbieter. Setzen Sie auf Ökostrom.

Dr. Angelika Zahrnt, BUND-Vorsitzende

SPD und Kohlepolitik
Klimaschutz oder neue Kohlekraftwerke – Gabriel muss sich entscheiden

Umweltminister Sigmar Gabriel hält gerne Vorträge über die immense Herausforderung der drohenden globalen Klimakatastrophe. Aber wenn es drauf ankommt, vertritt er die Interessen der Stromkonzerne. Indem die Bundesregierung die Kohle beim Emissionshandel bevorzugt, macht sie die Investitionen in neue Klimakiller-Kraftwerke erst attraktiv.

Bislang redet Gabriel das Problem der neuen Kohlekraftwerke konsequent klein. Bis 2012 würden lediglich neun neue Kohlekraftwerke gebaut, behauptet er. Das ist Augenwischerei. Fakt ist, dass bereits 15 Kraftwerke im Genehmigungsverfahren sind oder schon gebaut werden. Für mindestens sieben weitere Kraftwerke haben die Stromkonzerne eine Investitionsentscheidung getroffen.

Gabriel versucht zudem, seine neuen Kohlekraftwerke als Klimaschutzinstrumente zu verkaufen. Er sagt, dass die neuen Kraftwerke alte und ineffiziente ersetzen würden. Aber auch diese Rechnung geht nicht auf. Denn kein Investor plant alte Kraftwerke in der gleichen Größenordnung abzuschalten, wie neue in Betrieb genommen werden. Vor allem aber: Die Kohlekraftwerke, die jetzt gebaut werden, laufen mindestens 40 Jahre. Gerade auf lange Sicht werden sie zu einem Problem beim Klimaschutz.

Die SPD scheint sich nicht von ihrer Rolle als Kohlepartei lösen zu können. Historisch gesehen ist das verständlich. In den fünfziger Jahren lebten über 500.000 Arbeiter vom Kohlebergbau an Rhein, Ruhr und Saar – die meisten von ihnen treue SPD-Wähler. Heute sind nur noch 36.000 Arbeiter im Kohlebergbau beschäftigt. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind dagegen innerhalb weniger Jahre 170.000 Arbeitsplätze entstanden. Trotzdem handelt die SPD oft wie ein verlängerter Arm der Kohlelobby. Die SPD muss umdenken. Klimaschutz braucht den Ausbau der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung und nicht die Investition in veraltete Kraftwerkstechnik. Mit einem mutigen Fördergesetz kann die SPD zeigen, dass sie Nachhaltigkeit in der Energieversorgung ernst meint.

Lippenbekenntnisse für den Klimaschutz nehme ich Umweltminister Gabriel nicht mehr ab, solange er den Boom von neuen Kohlekraftwerken nicht stoppt. Ich wünsche mir viele engagierte Sozialdemokraten, die der SPD-Spitze beim Umdenken helfen.

Dr. Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer

BUND/Dirk Jansen

RWE setzt auf mehr Braunkohlestrom

Schwindel um Stilllegung von Kraftwerken

Von Dirk Jansen

Die Bundesregierung und die Stromkonzerne sprechen gerne davon, dass neue Kohlekraftwerke nur alte ineffiziente Anlagen ersetzen sollen und damit einen Beitrag zur CO_2-Reduktion leisten würden. Doch wie das Beispiel RWE zeigt: Dies ist nicht mehr als ein Propagandatrick. Trotz Klimawandel und Treibhauseffekt will RWE den Anteil des Klimakillers Braunkohle an der Stromerzeugung deutlich erhöhen. Weder werden im Zuge der Inbetriebnahme von neuen Braunkohlekraftwerken im gleichen Umfang Altanlagen stillgelegt, noch soll weniger Kohle verfeuert werden.

Bisher ging ein neues RWE-Braunkohle-Kraftwerk in Niederaußem mit 950 Megawatt (MW) ans Netz. Im Gegenzug wurde jedoch lediglich ein 150 MW-Uralt-Block in Frimmersdorf stillgelegt. Unterm Strich wurde damit die Kraftwerkskapazität im Rheinland um fast 10 % erhöht. Skandalös ist auch die Praxis der Genehmigungsbehörden: Es wurde schlichtweg „vergessen“, im Genehmigungsbescheid für das Kraftwerk Niederaußem verbindliche Stilllegungs-Vorgaben festzuschreiben.

In der Genehmigung für das vom BUND heftig bekämpfte riesige 2.200-MW-Braunkohle-Kraftwerk in Neurath ist zwar die Stilllegung von einigen Altanlagen im Umfang von höchstens 1.800 MW fixiert worden, aber mit Vorbehalt: Die Stilllegungspflicht kann auf RWE-Antrag geändert werden, wenn sich die Regeln beim Emissionshandel ändern.

Die Düsseldorfer Landesregierung räumte im Mai erstmals ein, dass RWE sich nicht an seine Zusage hält, für die neuen Kraftwerke im gleichen Umfang alte Kraftwerke stillzulegen. Das bestätigte auch der frühere Wirtschaftsminister Günther Einert gegenüber der WDR-Fernsehsendung ‚markt‘: „Ob man das Nichteinhaltung oder Betrug nennt, das lass ich mal völlig offen. Ich habe das zur heutigen Zeit nicht mehr zu beurteilen, aber ich kann es nur mit Erstaunen und Entsetzen ... feststellen.“

RWE-Power-Chef Jan Zilius gestand freimütig ein, dass man mit der gleichen Menge Braunkohle mehr Strom produzieren wolle. Unterm Strich heißt das: Mit den neuen Kraftwerken in Niederaußem und Neurath kommen insgesamt 3.150 MW neu ans Netz. Im Gegenzug sollen – wenn überhaupt – maximal 1.950 MW vom Netz genommen werden. Netto verfügt RWE damit ab 2009/2010 über mindestens 1.200 MW Kraftwerkskapazität mehr. Die CO_2-Emissionen verharren mit jährlich mehr als 83 Millionen Tonnen seit Beginn der 90er Jahre auf folgerichtig unverändert hohem Niveau – RWE bleibt der größte Klimakiller Europas.

Jetzt weg von Kohle- und Atomstrom!

Sie wollen etwas gegen neue Kohlekraftwerke machen?
Sie wollen keinen Strom aus gefährlichen Atomkraftwerken?
Sie wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern?
Sie wollen ihre persönliche Klimabilanz verbessern?

Der Bezug von Ökostrom ist die einfachste Möglichkeit, die persönliche Klimabilanz zu verbessern. Ein Durchschnittshaushalt spart im Jahr durch den Umstieg auf Ökostrom bis zu 1800 kg CO_2. Zum Vergleich: Ein Jahr Autofahren verursacht im Schnitt 2000 kg CO_2.
Wechseln Sie jetzt zu einem Ökostromanbieter!

Der Wechsel geht einfach und schnell.

Mehr Informationen unter der kostenlosen **Hotline 0 800-7 62 68 52**
oder über den Ökostrom-Preisrechner unter www.bund.net

RWE

Umsatz 44,3 Milliarden € (2006)
Gewinn: 6,1 Milliarden € (2006)
Mit 127 Millionen Tonnen pro Jahr ist RWE der größte CO_2-Emittent in der EU. RWE betreibt in NRW fünf Braunkohlekraftwerke, drei Steinkohlekraftwerke und ist an sieben Atomkraftwerken beteiligt. Darunter ist das älteste deutsche AKW Biblis A, dessen Laufzeit RWE verlängern will. RWE hat im letzten Jahr den Grundstein für ein neues Braunkohlekraftwerk in Neurath gelegt und will neue Steinkohlekraftwerke in Hamm (NRW) und Ensdorf (Saarland) bauen.

E.ON

Umsatz: 67,76 Milliarden € (2006)
Gewinn: 8,4 Milliarden € (2006)
Der Konzern betreibt in Deutschland elf Steinkohlekraftwerke und ein Braunkohlekraftwerk und ist damit der viertgrößte CO_2-Emittent Europas. E.ON ist an zwölf deutschen Atomkraftwerken beteiligt und plant den Neubau von Steinkohlekraftwerken in Datteln (NRW), Staudinger (Hessen), Stade (Niedersachsen) und Kiel (Schleswig-Holstein). E.ON ist auch in Osteuropa, England und den USA aktiv. In Finnland will sich E.ON an dem Neubau eines AKW beteiligen.

Streit um Emissionshandel geht weiter

Milliardenpoker um CO_2

Von Matthias Seiche

Bis 2004 konnten die Energie- und Industrieunternehmen die Atmosphäre kostenlos mit CO_2 belasten. Doch seit es den Emissionshandel gibt, hat CO_2 einen Preis. Theoretisch ist das eine gute Sache. Denn mit jeder Kilowattstunde Strom, die in einem Kohlekraftwerk erzeugt wird, müssen doppelt so viele Emissionsrechte an den Staat abgeführt werden wie bei einem nur halb so klimaschädlichen Gaskraftwerk. Dadurch rechnet es sich schneller, Kohlekraftwerke herunterzufahren oder stillzulegen und dafür Strom in effizienteren Kraftwerken zu erzeugen.

Doch die Bundesregierung hat den Emissionshandel so manipuliert, dass sein Zweck ins Gegenteil verkehrt wird. Das beginnt damit, dass der größte Teil der Emissionsrechte an die Unternehmen kostenlos verteilt wird. Die größten Verschmutzer bekommen am meisten Emissionsrechte. Noch schlimmer ist die Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Brennstoffe. Ein Kohlekraftwerk erhält am Anfang des Jahres doppelt so viele Emissionsrechte wie ein gleich großes Gaskraftwerk. Der Anreiz für den Klimaschutz ist damit weg.

Die Bundesregierung wollte 2006 sogar noch weiter gehende Privilegien für neue Kohlekraftwerke ins Gesetz schreiben: Bis zu 18 Jahre lang wären neue Kraftwerke von den Klimaschutzpflichten ausgenommen worden. Auch nachfolgende Regierungen hätten diese Lizenz zur Klimazerstörung nicht mehr rückgängig machen können. Dagegen haben der BUND und weitere Umweltverbände mit Erfolg protestiert. Die EU-Kommission hat die Zusagen an die Unternehmen bis 2012 befristet. Da die meisten der heute geplanten Kraftwerke ohnehin erst 2011 oder 2012 in Betrieb gehen würden, profitieren sie im Vergleich zu ihrer 40 Jahre langen Laufzeit kaum noch von der Sonderregelung.

Der Streit um die Emissionsrechte wird auch in den nächsten Jahren weitergehen. Dabei geht es um viele Milliarden Euro. In der EU debattieren die Regierungen über die vollständige Versteigerung der Emissionsrechte ab 2013. Das ist die beste Lösung, denn damit wäre der kohlefreundlichen Verzerrung des Emissionshandels durch die Bundesregierung ein für alle Mal ein Riegel vorgeschoben.

Eines muss den Energiekonzernen nach dem Emissionshandelsstreit der letzten Monate klar sein: Planungssicherheit für Kraftwerke, die das Klima mehr als 40 Jahre lang belasten, wird es nicht mehr geben. Die Klimaschutzziele müssen auch beim Emissionshandel weiter verschärft werden. Letztes Jahr glaubte Sigmar Gabriel noch, 0,6 Prozent CO_2-Minderung zwischen 2005 und 2012 würden ausreichen. Er hat sich getäuscht. Die EU-Kommission hat 6,6 Prozent Reduzierung durchgesetzt. Das entspricht dem Ausstoß von zwei Kohlekraftwerken.

Wenn die Energiekonzerne Investitionsruinen vermeiden wollen, sind sie gut beraten, schnell auf erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und Effizienz umzusteigen.

Volksinitiative gegen Braunkohletagebau in Brandenburg

„Das Land gegen Vattenfall verteidigen“

Das Land Brandenburg will den Braunkohleabbau in der Lausitz deutlich länger zulassen, als bisher geplant. Noch nach dem Jahr 2050 sollen gänzlich neue große Tagebaue erschlossen werden, deren Kapazitäten mindestens für weitere 40 Jahre reichen. Renommierte Wissenschaftler wie Hans-Joachim Schellnhuber haben Regierungschef Matthias Platzeck (SPD) aufgefordert, ein Ausstiegsszenario für den Braunkohleabbau zu entwerfen. Der Klima-Express sprach mit Burkhard Voß, Vorsitzender des BUND Brandenburg.

Herr Voß, was hält der BUND von den Brandenburger Plänen?
Angesichts des drohenden Klimawandels sind diese Pläne eine politische Bankrotterklärung. Es gibt keine klimaschädlichere Art der Stromerzeugung als Braunkohlekraftwerke. Allein das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde hat einen CO_2-Ausstoß von 25 Mio. Tonnen pro Jahr. Es ist Deutschlands zweitgrößter Klimakiller. Brandenburg macht mit seinen Plänen Politik gegen den Klimaschutz und will dafür etliche Dörfer opfern und Menschen umsiedeln. Die Landesregierung hatte sich bis 2010 das Ziel gesetzt, die CO_2-Emissionen auf 53 Mio. Tonnen pro Jahr zu begrenzen. „Dank“ Braunkohle wird Brandenburg 10 Mio. Tonnen darüber bleiben.

Ist die Politik Brandenburgs mit den Klimaschutzzielen der Bundesregierung vereinbar?
Natürlich nicht. Vor allem nicht, wenn an der Braunkohleverstromung langfristig festgehalten wird. Bisher sind Tagebaufelder bis ca. 2030 geplant. Spätestens dann muss Schluss sein. Aber die Landesregierung will offensichtlich weitermachen. In einer kürzlich bekannt gewordenen Studie der TU Clausthal für das Wirtschaftsministerium wurden weitere Gebiete ermittelt, die zukünftig für den Braunkohletagebau genutzt werden könnten. Folgt man den Empfehlungen der Studie, dann sind bis zu 66 Orte und Ortsteile mit 23.000 Menschen von Umsiedlungen betroffen. Außerdem würden zahlreiche Naturschutzgebiete beseitigt, allein im Abbaufeld Jänschwalde Nord wären neun Schutzgebiete mit einer Fläche von insgesamt 106 Hektar betroffen.

Was macht der BUND gegen diesen klimapolitischen Irrsinn?
Wir üben Druck auf die Landesregierung aus und machen immer wieder deutlich, dass diejenigen, die heute keine Verantwortung im Klimaschutz übernehmen, die Wahlverlierer von morgen sind. Der BUND wird das Land gegen Vattenfall verteidigen. Demnächst startet unsere Volksinitiative für einen Braunkohleausstieg in Brandenburg. Wenn mehr als 20.000 Menschen ihre Stimme dafür geben, ist dies ein deutliches Signal. Das muss auch Ministerpräsident Platzeck wieder den Mut machen, sich gegen die Tagebaue einzusetzen, wie er es Anfang der neunziger Jahre getan hat.

Burkhard Voß
Vorsitzender des
BUND Brandenburg

BUND/Dirk Jansen

Saubere Kohle gibt es nicht

„CO_2-freies-Kraftwerk“: Feigenblatt der Stromkonzerne

Von Dr. Werner Neumann

Vattenfall und RWE kündigen gern das „CO_2-freie Kraftwerk“ an. Kohle, der Brennstoff mit den höchsten CO_2-Emissionen je Kilowattstunde Strom, soll zur „sauberen Kohle“ mutieren. Solche Kraftwerke werden allerdings noch lange nicht gebaut. Angeblich 2020 könnten sie zur Verfügung stehen. Bei keinem der 28 jetzt geplanten neuen Kohlekraftwerke ist jedoch die CO_2-Abscheidung und -Lagerung vorgesehen. Später ist die Nachrüstung konventioneller Kraftwerke mit Techniken zur CO_2-Abscheidung aber extrem unwahrscheinlich, denn sie ist sehr aufwendig und teuer. Wenn Vattenfall, RWE und andere dennoch regelmäßig vom „CO_2-freien-Kraftwerk“ reden, soll dies ihnen in erster Linie ein sauberes Image verschaffen.

Technisch gesehen kann CO_2 aus dem Abgas eines Kraftwerks abgetrennt werden. Da dies sehr energieaufwendig ist, kann es dadurch im besten Fall CO_2-arm werden. Deshalb fallen die Wirkungsgrade neuer Kohlekraftwerke von 45 % durch die Abscheidung wieder auf 30 – 35 % zurück. Ein Drittel mehr Kohle würde mit entsprechend höheren Umweltschäden benötigt (Grundwasser, Landschaftsraum), um die gleiche Menge an Strom zu produzieren.

Das Hauptproblem ist aber nicht die Abscheidung, sondern die Endlagerung des CO_2. Hier gibt es riesige Fragezeichen, ob sie im großen Stil und auf Dauer sinnvoll möglich ist. Die Speicherkapazitäten in früheren Gasspeichern sind begrenzt und ökologische Folgen vielfach noch nicht erforscht. Ein Einpumpen des CO_2 in die Tiefen der Weltmeere verbietet sich ohnehin, will man nicht eine immense ökologische Katastrophe durch die Versauerung und Zerstörung der Meeresfauna heraufbeschwören. Über die Gefahren durch eine CO_2-Freisetzung bei Abtrennung und Transport sowie Schäden der Ökosysteme gibt es kaum Angaben. Das CO_2 müsste mindestens 10.000 Jahre in den Lagerstätten eingeschlossen bleiben. Bis jetzt kann niemand garantieren, dass es nicht schon in 100 bis 1000 Jahren wieder austritt. Bereits jetzt gibt es Meldungen über Gesteinsauflösungen durch Kohlensäure in Gaslagern. „CO_2-Endlager“ werden also zur Bürde für künftige Generationen.

Die CO_2-Abscheidung und Endlagerung ist teuer. Zwischen den Kraftwerken und den Lagerstätten muss eine aufwendige Infrastruktur mit Pipelines oder Transporten aufgebaut werden. Die Frage der Haftung für etwaige CO_2-Freisetzungen ist ebenfalls völlig ungeklärt. Die Produktion einer Kilowattstunde Strom dürfte sich um mindestens 2 bis 5 Cent verteuern. Kosten und Risiken von Transport und Endlagerung des CO_2 sind noch gar nicht eingerechnet. Die Vermeidung von CO_2 durch Energieeinsparung ist schon heute kostengünstiger als die CO_2-Abscheidung, und auch die erneuerbaren Energien werden bald günstiger sein.

Vielfach wird behauptet, die CO_2-Abscheidung könne eine „Brückenfunktion“ beim Klimaschutz ausüben, bis erneuerbare Energien ausreichend entwickelt sind. Tatsächlich wird ein weiterer Ausbau der Kohleverstromung dazu führen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz behindert oder gar verhindert werden. Die CO_2-Abscheidung ist daher keine Brücke ins Solarzeitalter, sondern eine Krücke der Kohlewirtschaft, um sich vor den machbaren Alternativen zu drücken.

Vattenfall Europe AG

Umsatz: 11,1 Milliarden € (2006)
Gewinn: 1,4 Milliarden € (2006)
Gehört dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall AB.
Vattenfall betreibt Braunkohlekraftwerke in Jänschwalde, Schwarze Pumpe und Lippendorf sowie vier Braunkohletagebaue. Zweiter Schwerpunkt sind die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel. Für Brunsbüttel hat Vattenfall einen Antrag auf Verlängerung der Laufzeit gestellt. Vattenfall plant ein neues Braunkohlekraftwerk in Boxberg und zwei Steinkohlekraftwerke in Hamburg und Berlin.

EnBW

Umsatz: 13,2 Milliarden € (2006)
Gewinn: 1 Milliarde € (2006)
Hauptaktionär der EnBW ist die französische EDF, der größte Atomstromkonzern der Welt. Die Energie Baden-Württemberg hat mit 55 % den höchsten Atomstromanteil in Deutschland. Sie betreibt vier Atomkraftwerke, vier Steinkohlekraftwerke und ist an dem Braunkohlekraftwerk in Lippendorf beteiligt. Für das AKW Neckarwestheim 1 wurde ein Antrag auf Laufzeitverlängerung gestellt. In Karlsruhe plant der Konzern den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerkes.

Gefährlicher Irrweg

Mit Atomkraft das Klima retten? Nein Danke.

Von Renate Backhaus

Der Klimawandel wird spürbarer, und Wissenschaftler prognostizieren dramatische Entwicklungen, wenn die Klimaschutzpolitik in den nächsten Jahren nicht zulegt. Vertreter von CDU/CSU und große Stromkonzerne bringen gern und oft die Atomkraft als Lösung für die Klimaproblematik ins Spiel. Dies wäre ein gefährlicher Irrweg.

Die gravierenden Probleme der Atomkraft sind nicht plötzlich verschwunden, nur weil AKW als klimafreundlich gepriesen werden. Atomreaktoren bleiben ein großes Sicherheitsproblem. Es besteht das ständige Risiko eines schwerwiegenden Unfalls verbunden mit dem Austritt von Radioaktivität. Das haben zuletzt die Störfälle in Brunsbüttel 2002 und im schwedischen Forsmark 2006 gezeigt. Für die Lagerung des Atommülls gibt es nach wie vor keine Lösung. Die Risiken der Atomkraft verschärfen sich noch, wenn ausgerechnet die ältesten und unsichersten AKW länger laufen sollen. Deshalb bleiben die bisherigen Einwände gegen die Atomkraft auch weiter aktuell.
435 Atomkraftwerke decken derzeit weniger als drei Prozent des weltweiten Energiebedarfs. Wenn Atomstrom nennenswert zum Klimaschutz beitragen soll, müsste die Atomenergie massiv ausgebaut werden. Tausende neue AKW wären nötig. Und selbst dann wäre der Beitrag der Atomenergie zum Klimaschutz nur mäßig. Hinzu kommt, dass die Uranreserven stark begrenzt sind. Bleibt es bei dem heutigen Niveau der atomaren Stromproduktion, sind die

Uranrohstoffe bereits in wenigen Jahrzehnten verbraucht.

Bezieht man die gesamte Produktionskette vom Uranbergbau bis zum Abbau der AKW und der Endlagerung des Atommülls ein, dann wird auch bei der Erzeugung vom Atomstrom CO_2 emittiert. Hierbei schneidet die Atomkraft im Vergleich zu Windenergie oder Wasserkraft schlechter ab. Das größte Problem der AKW ist der schlechte Wirkungsgrad. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie geht als nicht genutzte Abwärme verloren. Deshalb sind moderne Kraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, teilweise besser, auch wenn sie fossile Brennstoffe wie Gas nutzen. Die Bilanz wird sich in den nächsten Jahren weiter zu Lasten der Atomkraft verändern, da die erneuerbaren Energien immer effizienter werden. Dagegen wird in Zukunft das Uran in größeren Tiefen und in schlechterer Qualität gefördert werden müssen. Die Folge: Die CO_2-Bilanz der Atomkraftwerke verschlechtert sich.

Die deutschen Atomkraftwerke können problemlos durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Im Jahr 2023 wird deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, als durch das Abschalten der Atomkraftwerke wegfällt. Voraussetzung ist, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auch nach 2008 fortgesetzt wird, dass der Ausbau der Offshore-Windenergie erfolgreich beginnt und dass Deutschland seine Energieeffizienz-Ziele erreicht.

Die erneuerbaren Energien brauchen keine „Brückentechnologie“. Ihr Ausbau muss jetzt stattfinden. Längere Laufzeiten der AKW schieben die nötige Energiewende hin zu Erneuerbaren und mehr Effizienz weiter hinaus. Denn bleiben die AKW am Netz, fehlt der Druck zu Neuinvestitionen.

BUND aktiv gegen neue Kohlekraftwerke

Die großen Stromkonzerne wollen neue Kohlekraftwerke bauen, und die Bundesregierung unterstützt sie auch noch dabei. Beide haben jedoch den Protest der Bürgerinnen und Bürger unterschätzt. Immer mehr Menschen setzen sich vor Ort mit dem BUND für den Klimaschutz und gegen neue Klimakiller-Kraftwerke ein. Und: Es gibt die ersten Erfolge!

Mainz: Proteste und ein Alternativvorschlag
Gegen den Bau eines Kraftwerkes protestierten die Mainzer und Wiesbadener mit einem Bürgerantrag, der von über 5.000 Einwohnern unterstützt wurde. Dadurch mußte sich der Gemeinderat gegen seinen Willen mit dem Kohlekraftwerk befassen. Im Mai 2007 demonstrierten etwa 3.000 Menschen gegen das Kraftwerk. 49 Professoren haben sich in einem offenen Brief gegen das Kraftwerk ausgesprochen. Der BUND hat einen konkreten Vorschlag für eine Alternative zum Kohlekraftwerk präsentiert.

Hamburg: BUND bringt Senat in Erklärungsnöte
Der BUND Hamburg hat es aufgedeckt: Die Stadtregierung legte dem Investor Vattenfall nahe, das Kohlekraftwerk doppelt so groß zu bauen, wie ursprünglich geplant. Hamburg und sein Bürgermeister Ole von Beust geben sich nach außen gerne als engagierte Klimaschützer, aber die BUND-Recherche macht klar: Die tatsächliche Politik ist eine andere.

Sachsen-Anhalt: Börde statt Braunkohle
Auf breiten Protest stößt der Investor MIBRAG mit seinen Plänen, in der Magdeburger Börde einen neuen Braunkohletagebau zu erschließen. Die Braunkohle würde in dem geplanten Kraftwerk Profen verfeuert. Der BUND und eine örtliche Bürgerinitiative stehen an der Spitze einer starken lokalen Protestbewegung.

Bremen: Breites Protestbündnis
Seit Bekanntgabe der Pläne für das neue Bremer Kohlekraftwerk ist der BUND aktiv. Mit einer Kohlemauer wurde gegen den Start des Genehmigungsverfahrens demonstriert. Inzwischen hat sich in Bremen ein „Bündnis für Klimaschutz“ gegründet. Der BUND fordert vom kommenden Bremer Umweltsenator Reinhard Loske klare Schritte gegen das Kohlekraftwerk.

Berlin: Vattenfall zum Nachdenken gezwungen
Gegen das von Vattenfall geplante neue Steinkohlekraftwerk hat der BUND demonstriert, als Vattenfall seine Pläne zum ersten Mal präsentieren wollte. Aber Vattenfall zog seine Präsentation zurück und nahm sich eine Denkpause.

Krefeld: Einfluss genutzt
Städte und Gemeinden können Kohlekraftwerke verhindern, wie das Beispiel Krefeld zeigt. Hier haben CDU und SPD im März beschlossen, den Bebauungsplan für das geplante Kraftwerk nicht zu ändern. Allerdings hält Trianel weiter an den Planungen fest. Es besteht die Gefahr, dass ein Regionalratsbeschluss die Entscheidung der Stadt aufheben wird oder die Stadt von sich aus zurückrudert. Deshalb wird der Protest des BUND weitergehen. Nicht nur in Krefeld, sondern in ganz NRW. Hier sind allein elf neue Kohle-Kraftwerke geplant.

Lubmin: Protest am Greifswalder Bodden
Mit einem großen Osterspaziergang haben hunderte Demonstranten in Lubmin gegen das geplante Riesen-Kraftwerk protestiert. Neben dem BUND sind inzwischen auch zwei Bürgerinitiativen aktiv.

Wer was wo gegen den Bau von Kohlekraftwerken unternimmt, erfahren Sie unter:
www.bund.net/klimaschutz

Umweltfreundlich und effizient

Für eine Energiezukunft ohne Kohle und Atom

Von Thorben Becker und Matthias Seiche

Neue Kohlekraftwerke sind Gift für das Klima, die CO_2-Abscheidung ist eine Scheinlösung, und Atomkraftwerke sind zu gefährlich – soweit die Argumente des BUND in Schlagworten zusammengefasst. Aber wohin soll die Reise gehen? Will der BUND alle Kohle- und Atomkraftwerke gleichzeitig durch Windräder und Solaranlagen ersetzen? So einfach geht das nicht. Aber es gibt noch mehr Alternativen zur konventionellen Stromerzeugung: die erneuerbaren Energien, die Kraft-Wärme-Kopplung und die Verringerung des Stromverbrauchs.

Erneuerbare weiter ausbauen
Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) produzieren Wind, Wasser, Sonne und Biomasse heute schon zwölf Prozent des Stroms. In den letzten Jahren erlebte die Branche einen Boom. Alleine die Kapazitäten der Windräder sind jedes Jahr um 20 Prozent gewachsen. Demnächst folgt der Ausbau auf See. Bis 2020 können die erneuerbaren Energien knapp 30 Prozent zur Stromerzeugung beitragen.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien als Ersatz für Öl- und Gasheizungen hakt es noch. Solaranlagen auf Hausdächern für die Warmwasserbereitung und das Heizen mit Biogas oder Holzpellets haben in vielen Regionen Seltenheitswert. Hier gab es nur eine geringe Steigerung von 5,3 Prozent (2005) auf 5,9 Prozent (2006). Deshalb ist ein Gesetz für den Wärmebereich erforderlich, das einen dem EEG vergleichbaren Boom auslöst.

Kraft-Wärme-Kopplung fördern
Die höchsten Effizienzgewinne bei der Strom- und Wärmeerzeugung lassen sich durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung erzielen. In diesen Kraftwerken wird gleichzeitig Strom und Wärme für Gebäudeheizungen oder Industrieprozesse gewonnen. Das mögliche KWK-Potenzial zeigt ein Blick über die Grenzen: Der Anteil der KWK an der Stromerzeugung beträgt in Deutschland elf Prozent, in den Niederlanden und Finnland liegt er bei nahezu 40 Prozent und in Dänemark schon bei 50 Prozent. Dieser Ausbau lässt sich relativ schnell durchführen: So wurde in den Niederlanden die KWK-Kapazität von 1987 bis 1997 verdreifacht.

2001 haben die Energiekonzerne in Deutschland versprochen, den Anteil der KWK bis 2010 zu verdoppeln. Trotzdem haben EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall deren Ausbau weiter blockiert. Der BUND fordert deshalb noch dieses Jahr ein Gesetz für die Förderung der KWK.

Effizienz ist die Voraussetzung
Die erneuerbaren Energien und KWK können den Kohle- und Atomstrom nur vollständig ersetzen, wenn der Stromverbrauch sinkt. Das ist kein Wunschtraum. Zahlreiche Studien zeigen, dass der Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 halbiert werden kann. Allein mit einem vom BUND präsentierten Maßnahmenbündel zur Senkung des Stromverbrauchs könnten 47 Millionen Tonnen CO_2 jährlich eingespart werden.

Gaskraftwerke als Übergangslösung
Da viele Kohlekraftwerke über 40 Jahre alt sind und schnellstens stillgelegt werden müssen, bleibt noch eine kleine Lücke, die erst in zehn, zwanzig Jahren von den erneuerbaren Energien und der KWK gefüllt werden kann. Für diese Übergangszeit sind auch Gaskraftwerke akzeptabel. Gaskraftwerke verursachen je Kilowattstunde Strom rund 350 Gramm CO_2 – das ist weniger als die Hälfte der Emissionen von Steinkohlekraftwerken mit 750 Gramm CO_2-Ausstoß und von Braunkohlekraftwerken mit 950 Gramm CO_2-Ausstoß. Derzeit bezieht Deutschland sein Erdgas zu 35 Prozent aus Russland, 25 Prozent aus Norwegen, 20 Prozent aus den Niederlanden, 15 Prozent aus dem Inland und sechs Prozent aus Großbritannien und Dänemark. Auch wenn der Anteil des russischen Erdgases in Zukunft ansteigt, muss niemand Angst haben, dass Deutschland von den Gasimporten abgeschnitten wird. Dafür ist Russland selbst viel zu abhängig von den Exporteinnahmen aus Westeuropa. Außerdem verringert sich der Erdgasbedarf für die Gebäudeheizung, wenn die Häuser besser gedämmt werden.

Klimaschutz ist mehr als Stromerzeugung
Zurzeit stammen 43 Prozent des CO_2-Ausstoßes in Deutschland aus der Stromerzeugung. Trotzdem ist eine klimaverträgliche Stromerzeugung nur ein Teil eines umfassenderen Klimaschutzprogramms. Die Gebäudeheizung und der Verkehr mit je 20 Prozent Anteil an den CO_2-Emissionen sind genauso wichtig. An letzter Stelle folgt die Industrie mit 16 Prozent.

Der Weg zu einem klimaverträglichen Deutschland führt nicht über eine einzige technische Wunderlösung. Viele schon lange erprobte Technologien, Verbraucher, die gut leben statt viel haben, und eine große Portion politischer Durchsetzungswille sind die Zutaten für das BUND-Rezept zum Klimaschutz.

Grenzwerte gegen Stromfresser Glühbirne adieu!

Der Stromverkauf in Deutschland boomt. Obwohl die Energieeffizienz in aller Munde ist, steigt der Verbrauch in Deutschland Jahr für Jahr an. Die Verbraucher legen sich immer mehr Geräte zu. Zuerst kamen Computer, Fax und Anrufbeantworter, dann Mobiltelefone, Satellitenanlage und MP3-Player. Wahre Stromfresser sind Wäschetrockner und Klimaanlagen, die die jährliche Stromrechnung um hundert Euro oder mehr nach oben treiben.
Die wenigsten Verbraucher wissen, wie viel Strom bei ihnen jeden Tag durch den Zähler fließt. Das liegt vor allem an der mangelhaften Kennzeichnung der Geräte. Bei Kühlschränken, Waschmaschinen und Geschirrspülern gibt es zwar schon seit zehn Jahren das EU-Label mit den Effizienzklassen A bis G, für Kühlschränke zudem A++ und A+. Aber bei Elektronikgeräten wie Fernseher oder Computer sucht man eine solche einheitliche Kennzeichnung vergeblich. Der BUND protestierte 2006 in einer Kampagne gegen Stromfresser im Angebot von Media Markt und Saturn. Mit einem kleinen Erfolg: Nach intensiven Gesprächen geben die beiden Ketten seit 2007 freiwillig den Stromverbrauch der Fernsehgeräte auf dem Preisetikett an.
Information alleine zügelt den ständig steigenden Verbrauch jedoch nicht. Zusätzlich müssen Grenzwerte für die wichtigsten Gerätegruppen festgelegt werden. Japan macht das schon lange vor. Dort setzt das sparsamste Gerät den Standard, der nach einer Übergangsfrist von allen Herstellern eingehalten werden muss. Die EU hat sich diesen Top-Runner-Ansatz auch auf die Fahnen geschrieben. Aber bei der Umsetzung verlässt sie sich zu oft auf freiwillige Zusagen der Hersteller. So wollen die Lampenhersteller erst 2015 von herkömmlichen Glühbirnen auf Energiesparlampen umsteigen.

Klimaschutz jetzt! Appell an Angela Merkel

Sammeln Sie Unterschriften für den Klima-Appell an Angela Merkel.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Sie haben weltweit bei den Regierungschefs für mehr Klimaschutz geworben. Aber in Deutschland ist der CO_2-Ausstoß pro Person immer noch dreimal so hoch wie in China. Deshalb fordere ich Sie auf: Verringern Sie die klimaschädlichen Treibhausgase Deutschlands um 40 Prozent bis 2020. Neue Kohlekraftwerke sind damit nicht vereinbar. Stoppen Sie die Baupläne für klimaschädliche Kohlekraftwerke. Sorgen Sie für den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und für einen geringeren Energieverbrauch.

Jede Stimme zählt!

Hiermit unterzeichne ich den Klima-Appell an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Vorname, Name
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Unterschrift
☐ Senden Sie den BUND-Newsletter per E-Mail an:

Vorname, Name
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Unterschrift
☐ Senden Sie den BUND-Newsletter per E-Mail an:

Vorname, Name
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Unterschrift
☐ Senden Sie den BUND-Newsletter per E-Mail an:

Vorname, Name
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Unterschrift
☐ Senden Sie den BUND-Newsletter per E-Mail an:

Ihre persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und – ggf. durch Beauftragte des BUND e.V. – auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt.

Der BUND übergibt die Unterschriften vor der Weltklimakonferenz im Dezember 2007 an Angela Merkel. Bitte senden Sie die ausgefüllten Listen bis zum 30.11.2007 an:
BUND e.V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

BUND
FREUNDE DER ERDE

Sie wollen mehr Unterschriften sammeln? Einfach diese Vorlage kopieren oder im Internet herunterladen: www.bund.net/klimaschutz

BUND spießt Autowerbung auf

VW hat den Trend verschlafen. BMW & Co auch

Von Dr. Werner Reh

Die Aktionäre von VW wurden dieses Jahr auf der Hauptversammlung mit einem ungewöhnlichen Bild begrüßt. Das VW-Modell Eos versinkt nach einem Unwetter in den Fluten. Das Motiv stammt aus dem Ad-Busting-Wettbewerb des BUND und hat auch am Stammsitz des Unternehmens in Wolfsburg für Unruhe gesorgt. Manche Autoliebhaber ärgerten sich über den Wettbewerb und warfen dem BUND vor, Autos pauschal zu diffamieren. Andere sind dem Aufruf zur Verfremdung von Werbemotiven begeistert gefolgt. 92 Beiträge gingen ein.

Der Hintergrund ist ernst. Die Autohersteller haben versprochen, den CO_2-Ausstoß der neuen PKW bis 2008 auf 140 Gramm CO_2 je Kilometer (entspricht knapp sechs Liter je 100 Kilometer) zu senken. Heute liegt er bei über 170 Gramm. Verantwortlich dafür sind zu hohe Motorisierung, Tempowahn und aggressive Werbung für Geländewagen. Deshalb will die EU jetzt verbindliche Grenzwerte durchsetzen. Noch ist das Gesetz nicht verabschiedet. Die Autohersteller kämpfen dagegen und haben erreicht, dass der Grenzwert von 120 Gramm auf 130 Gramm pro Kilometer abgeschwächt wurde.

Die hitzige Diskussion hat auch positive Effekte: VW hat auf dem Genfer Automobilsalon seinen Polo Blue Motion mit 102 Gramm CO_2-Ausstoß präsentiert. BMW-Chef Reithofer kündigte im Mai an, dass die neuen BMW ab 2008 25 % weniger CO_2 als 1995 ausstoßen werden. Trotzdem haben Audi, BMW, Mercedes, Porsche und VW noch einen weiten Weg vor sich. Start-Stop-Automatik, Hybridantriebe und effiziente Motoren mit kleinem Hubraum sind in deutschen Autohäusern kaum anzutreffen. Wer ein preisgünstiges und familientaugliches drei- bis fünf-Liter-Auto sucht, wird eher bei japanischen und französischen Herstellern fündig – wie lange noch?

Impressum
Herausgeber:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Fon (030) 275 86-40, Fax (030) 275 86-440,
Redaktion: Thorben Becker, Dr. Norbert Franck (V.i.S.d.P.), Matthias Seiche, Gestaltung und Produktion: Claudia Gunkel, Natur & Umwelt GmbH, Berlin Juni 2007, info@bund.net, www.bund.net/klimaschutz

Der BUND ist Gründungsmitglied der Klima-Allianz.
www.die-klima-allianz.de

Klima schützen!
Ich bin dabei.